

Rote-Armee-Fraktion (RAF)

1. Ideologie und Begriff

Eigenbezeichnung einer 1968 entstandenen linksextremistischen und gegen das gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland gerichteten terroristischen Gruppierung, die aus der nach ihren Anführern Andreas Baader und Ulrike Meinhof benannten BaaderMeinhof-Gruppe hervorging. Die RAF verstand sich als Teil des internationalen Terrorismus, ihre Mitglieder wurden zum Teil im Nahen Osten von palästinensischen Widerstandskämpfern militärisch ausgebildet und unterhielten Beziehungen zu terroristischen Gruppen im Ausland wie der *Action Directe* in Frankreich, der IRA in Irland oder den Roten Brigaden in Italien. Seit den achtziger Jahren erhielten RAF-Mitglieder Ausbildung und Unterschlupf auch in der DDR. Ihr Vorbild waren die Tupamaros im Uruguay der sechziger Jahre. Im Umfeld der RAF agierten eine Reihe nicht aktiver Sympathisanten. Die Rote-Armee-Fraktion hatte ihre Wurzeln in der ausserparlamentarischen Opposition (APO) und der Studentenbewegung der sechziger Jahre. Zu den Aktionen der RAF gehörten neben Anschlägen auf US-amerikanische Einrichtungen in Deutschland vor allem Attentate auf Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft. Viele dieser Aktionen stellten Befreiungsversuche oder Racheakte für inhaftierte bzw. getötete RAF-Mitglieder dar. Seit Anfang der siebziger Jahre verübte die RAF planmässig Gewaltakte gegen Menschen. In den 20 Jahren Terror wurden dabei mindestens 30 Menschen getötet.

2. Chronik der Gewaltakte

Bereits nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg bei einer Anti-Schah-Demonstration in Berlin im Juni 1967 und nach dem Mordanschlag auf den Studentenführer Rudi Dutschke Ostern 1968 wurde bald bei Protestaktionen kein Unterschied mehr zwischen der "Gewalt gegen Sachen" (so ging u. a. im April 1970 das Arbeitszimmer des Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann in Flammen auf) und der "Gewalt gegen Personen" gemacht.

Ihren Anfang genommen hatte die gewalttätige Entwicklung der APO im April 1968 in Frankfurt: Andreas Baader und Gudrun Ensslin hatten mit anderen in einem Kaufhaus Feuer gelegt, um ein Zeichen gegen den Vietnamkrieg zu setzen. Im Oktober desselben Jahres wurden sie wegen versuchter menschengefährdender Brandstiftung zu drei Jahren Haft verurteilt; im Juni 1970 befreite die Journalistin Ulrike Meinhof den inhaftierten Andreas Baader. Im Untergrund begannen beide mit dem Aufbau der so genannten Rote-ArmeeFraktion, und seit diesem Zeitpunkt führten sie ihren "bewaffneten Kampf gegen das "imperialistische System" der Bundesrepublik, gegen die NATO und den "militärisch-industriellen Komplex".

Baader, Meinhof, Jan-Carl Raspe und Ensslin wurden für eine Serie von Bomben- und Brandanschlägen verantwortlich gemacht und im Juni 1972 verhaftet. Die Ziele der Terroristen der ersten Generation waren anfangs noch politisch motiviert, doch der zweiten und dritten Generation ging es in ihrem Kampf in erster Linie um die Freilassung der inhaftierten RAF -Mitglieder. Die Gewalt eskalierte: Zu den ersten Opfern zählten der Präsident des Berliner Kammergerichts, Günter von Drenkmann, der am 10. November 1974 erschossen worden war, und der Militärattache Andreas von Mirbach sowie der Botschaftsrat Heinz Hillegaard, die am 24. April 1975 beim Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm starben.

3. Der Deutsche Herbst 1977

Während des so genannten Deutschen Herbstes 1977 war es zur grössten Eskalation der Gewalt gekommen. Am 29. März 1977 hatte in Stammheim der Hungerstreik der dort einsitzenden RAF-Mitglieder (Ulrike Meinhof hatte sich im Mai 1976 das Leben genommen) begonnen, um gegen ihre Haftbedingungen zu protestieren. Ihr Hungerstreik wurde ausserhalb der Gefängnismauern durch Terroranschläge, der übrigen RAF-Mitglieder begleitet: In Karlsruhe ermordeten sie am 7. April 1977 Generalbundesanwalt Siegfried Buback und zwei seiner Begleiter. Der mutmassliche Buback-Attentäter Knut Folkerts wurde am 22. September 1977 in den Niederlanden festgenommen; bei der Festnahme wurde ein Polizist durch Schüsse tödlich verletzt.

Baader, Ensslin und Raspe wurden am 28. April 1977 nach fast zweijähriger Verhandlungsdauer vom Oberlandesgericht Stuttgart zu lebenslanger Haft verurteilt. Am 2. Juni desselben Jahres verurteilte das Landgericht Kaiserslautern Manfred Grashof und Klaus Jünschke ebenfalls zu lebenslangen Haftstrafen und am 20. Juli 1977 das Oberlandesgericht Düsseldorf vier weitere RAF-Mitglieder wegen Überfalls auf die deutsche Botschaft in Stockholm zu lebenslangen Freiheitsstrafen. Die Terroraktionen setzten sich fort: am 30. Juli 1977 wurde der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, in seinem Haus in Oberursel bei Bad Homburg erschossen. Die mutmasslichen Täter, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt, wurden 1985 zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Präsident der Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hanns Martin Schleyer, wurde am 5. September 1977 in Köln entführt. Sein Fahrer und drei Polizisten wurden bei diesem Überfall getötet. Der Bundestag verabschiedete u. a. als Reaktion auf die Schleyer-Entführung am 29. September desselben Jahres ein Gesetz über eine zeitlich begrenzte Kontaktsperre für inhaftierte Terroristen. Auf die Forderungen der RAF, die Inhaftierten freizulassen, ging der Krisenstab der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht ein, auch dann nicht, als am 13. Oktober 1977 eine Lufthansa-Maschine mit 91 Menschen an Bord von vier palästinensischen Terroristen nach Somalia entführt worden war. Der Flugkapitän Jürgen Schumann wurde vier Tage später in Aden von den Flugzeugführern erschossen. Am 18. Oktober stürmte ein Kommando des Bundesgrenzschutzes (GSG 9) in Mogadishu die Maschine und befreite die Geiseln. In Stammheim begingen daraufhin Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe Selbstmord; Irmgard Möller überlebte schwer verletzt. Einen Tag später wurde Hanns Martin Schleyer im Elsass ermordet aufgefunden. Am 12. November 1977 nahm sich die in München inhaftierte Terroristin Ingrid Schubert in ihrer Zelle das Leben.

4. Die Dritte Generation

Die dritte Generation der RAF setzt die Welle der Gewalt nach 1977 fort. Zu ihren bekanntesten Opfern zählen: der Diplomat Gerold von Braunmühl und der Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts (1986), der Deutsche-Bank-Vorstandssprecher Alfred Herrhausen (1989) und der Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder (1991). Am 10. April 1992 verkündete die RAF, "Angriffe aufführende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat" einzustellen. Seit dem Tod von Wolfgang Grams und der Festnahme von Birgit Hogefeld im Juli 1993 in Bad Kleinen kann die Rote-Armee-Fraktion als zerschlagen gelten.

Am 20. April 1998 erklärten die letzten noch im Untergrund lebenden Mitglieder der RAF durch ein Fax an die Presseagentur Reuter die Rote-Armee-Fraktion für aufgelöst. In dem von der deutschen Generalbundesanwaltschaft als authentisch bezeichneten Schreiben heisst es: "Heute beenden wir dieses Projekt. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte." Als Grund wurden strategische Fehler genannt, u. a. hätte die RAF versäumt, neben der illegalen bewaffneten Organisation eine politisch-soziale Bewegung aufzubauen. Auch habe man die Wirkung der terroristischen Aktionen überschätzt.

In der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus reagierte die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag mit Gesetzesänderungen und verschiedenen neuen Gesetzen ("Anti-Terror-Pakete", Kronzeugenregelung). In diesem Zusammenhang kam es auch zu verstärktem Einsatz des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Darüber hinaus lösten die Ereignisse seit den späten sechziger Jahren eine umfassende gesellschaftliche Diskussion aus, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist.

Schwerer Terroranschlag in Köln

Arbeitgeberverbands-Vorsitzender Schleyer entführt

Von Ulrich Meister

Auf den Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Hanns-Martin Schleyer, ist in Köln-Braunsfeld ein Anschlag verübt worden, der vier Todesopfer forderte. Schleyer ist entführt worden. Augenzeugen berichteten, die Attentäter hätten an einer Kreuzung in der Nähe von Schleyers Kölner Wohnung einen Kinderwagen auf die Strasse rollen lassen und die aus drei Wagen bestehende Kolonne Schleyers so zum Bremsen gezwungen. Aus einem VW-Kombiwagen mit Kölner Kennzeichen wurden die Wagen mit einer Maschinenpistole beschossen. Die Toten sind Schleyers Chauffeur und Polizeibeamte, die zu seiner Bewachung gehörten. Schleyer ist mit dem Kombiwagen der Attentäter weggefahren worden. Die Polizei leitete eine Grossfahndung ein.

Schon bei dem früheren Attentat auf den Berliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann im November 1974 und bei der Ermordung des Bankiers Jürgen Ponto am 30. Juli 1977 war die Polizei davon ausgegangen, dass die Ermordeten ursprünglich entführt werden sollten und wegen ihrer Gegenwehr erschossen wurden. Da die Terroristengruppen durch Banküberfälle über ausreichende Geldmittel verfügen dürfen, nimmt man an, dass das Hauptmotiv der Entführungsversuche — wie bei der Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz - die Erzwingung von Freilassungen inhaftierter Terroristen war. Damit stellt sich die Frage, ob der vor wenigen Tagen erfolgte Abbruch des Hungerstreiks der Baader-Meinhof-Häftlinge in Zusammenhang mit dem neuesten Anschlag stehen könnte.

Schleyer und die Polizei gingen seit längerem davon aus, dass er zu den unmittelbar gefährdeten Personen gehörte. Spätestens beim Mord an Bankier Jürgen Ponto bestätigte sich, dass die Terroristen nicht mehr nur Politiker und Justizbeamte als Opfer ausersehen hatten. Die letzten Attentate und Attentatsversuche haben das Bundeskriminalamt in seiner Ansicht bestärkt, dass Organisationsgrad und Ausrüstung der Terroristengruppen eher zugenommen haben. Nach dem Attentatsversuch in Karlsruhe gab der Leiter des Bundeskriminalamtes, Herold, auch neue Angaben über den vermuteten Umfang der Terroristengruppen bekannt. Demnach sollen es nicht mehr nur 500, wie bisher angenommen, sein, sondern 1200, von denen die Polizei glaubt, dass sie auch zum Morden entschlossen sind. Bundeskanzler Schmidt wurde sofort über den Anschlag informiert, Innenminister Maihofer und der nordrhein-westfälische Innenminister Hirsch begaben sich zum Tatort nach Köln. Der 62jährige Hanns-Martin Schleyer ist der höchste Repräsentant der deutschen Industrie: 1973 wurde er zum Präsi-

den der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gewählt, 1976 auch zum Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie.

(dpa) Ein anonymes Anrufer, der sich als Sprecher der «Roten Armee Fraktion» bezeichnete, erklärte der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Karlsruhe: «Wir nehmen das Attentat auf Schleyer auf uns. Der nächste wird einer der Energieversorgung sein.» Die Baader-Meinhof-Gruppe nennt sich selbst «Rote Armee Fraktion» (RAF). Die Polizei erklärte, sie nehme den Anruf des unbekanntes Mannes ernst.

NZZ vom 6. September 1977

Auffindung der Leiche in Mülhausen

(apf) Die Leiche des am 5. September in Köln vom Terroristenkommando «Siegfried Hausner» entführten Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände, Hans-Martin Schleyer, ist in der elsässischen Stadt Mülhausen aufgefunden worden. Sie wurde entdeckt, nachdem ein anonymes Anrufer die Mülhauser Polizei davon unterrichtet hatte, im Kofferraum eines in der Rue CharUs-Peguy abgestellten grünen Audi 100 mit dem deutschen Polizeikennzeichen HG-AN-460 befänden sich die sterblichen Überreste des Entführten. Kurz darauf erhielt die französische Tageszeitung «Liberation» ein Communiqué, in dem das «Kommando Siegfried Hausner» den Tod des deutschen Arbeitgeberpräsidenten bekanntgab.

(ap) Die am Mittwoch abend an die französische Zeitung «Liberation» gerichtete Botschaft des «Kommandos Siegfried Hausner» hatte folgenden Wortlaut: «Nach 43 Tagen haben wir der elenden und korrupten Existenz von Hans-Martin Schleyer ein Ende gemacht. Schmidt, der in seinem Machtkalkül von Anfang an den Tod Schleyers in Kauf genommen hat, kann ihn sich in der Rue Charles-Peguy in Mülhausen in einem grünen Audi 100 mit Homburger Kennzeichen abholen. Sein Tod steht in keinem Verhältnis zu unserem Schmerz und unserem Zorn über das Massaker von Mogadiscio und von Stammheim. Andreas, Gudrun, Carl, Irmgard und wir selbst sind über die faschistischen Dramaturgie der Imperialisten nicht überrascht, mit der die Befreiungsbewegung zerschlagen werden soll. Wir werden das Blut, das Schmidt und die Imperialisten, die ihn unterstützen, vergossen haben, nie vergessen. Der Kampf fängt erst an. Freiheit durch den bewaffneten antiimperialistischen Kampf.»

(ap) Die Bundesregierung hat nach einer Sitzung des grossen Krisenstabes am Mittwoch abend ihre Entschlossenheit bekräftigt, den Mördern Schleyers und der anderen Opfer des Terrorismus keine Chance zu lassen.

NZZ vom 20. Oktober 1977

Lufthansa-Geiseln in Mogadiscio befreit

Selbstmord Baaders, Raspes und Gudrun Ensslins in Stuttgart

Von Ulrich Meister

Das Drama der 86 Insassen der nach Mogadiscio entführten Lufthansa-Boeing 737 «Landshut» ist viereinhalb Tage nach der Entführung durch einen Handstreich zu Ende gegangen. Fünf Minuten nach Mitternacht stürmte eine Einheit der GSG 9 des deutschen Bundesgrenzschutzes mit Billigung des somalischen Staatschefs Barre das Flugzeug. Dabei wurden drei Terroristen sofort erschossen, der vierte, eine Frau, verletzt. Sie befindet sich in somalischem Gewahrsam. Passagiere und Besatzung konnten gerettet werden. Mit Ausnahme von vier Verletzten und Kranken, die in Begleitung von zwei Angehörigen in Mogadiscio blieben, kehrten alle am Dienstag nachmittag in die Bundesrepublik zurück. Ein GSG-Polizist wurde ebenfalls leicht verletzt. Die spürbare Erleichterung über die glückliche Befreiungsaktion wurde getrübt durch die noch ungeklärten Todesfälle in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim und das jetzt erst recht ungewiss gewordene Schicksal des entführten Arbeitgeberverbände-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer. Vor 8 Uhr morgens wurden im Gefängnis Stuttgart-Stammheim die letzten Mitglieder des harten Kerns der Baader-Meinhof-Bande, Andreas Baader und Gudrun Ensslin, tot in ihren Zellen aufgefunden. Jan Carl Raspe lag mit schweren Verletzungen am Boden und erlag ihnen wenige Stunden später. Eine weitere Terroristin, Irmgard Möller, hatte sich in ihrer Zelle mit einem Messer Stichverletzungen beigebracht. Sie ist ausser Lebensgefahr. Nach Auskunft des baden-württembergischen Justizministers Bender haben sich Baader und Raspe mit Pistolen in den Kopf geschossen. Gudrun Ensslin wurde erhängt aufgefunden.

Dank Schmidts an Somalia

Die Meldung über die Befreiungsaktion von Mogadiscio wurde wenige Minuten nach ihrem schnellen Ende von Presseagenturen, Radio und Fernsehen in der Bundesrepublik gemeldet. Um 2 Uhr morgens orientierte Staatssekretär Bölling in Bonn die Presse und verlas eine Erklärung des grossen Krisenstabes. Bundeskanzler Schmidt sprach dem somalischen Staatschef Barre telegrafisch seinen Dank für die Unterstützung aus mit den Worten: «Wir werden Ihnen das nicht vergessen.» Schmidt erklärte später, diese Aktion werde Massstäbe setzen für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Vor der SPD-Fraktion bezog er ausdrücklich auch die Sowjetunion und die DDR in den Dank für - angebotene oder erwiesene - Hilfe bei den Rettungsvorbereitungen, die weite diplomatische Kreise gezogen haben, mit ein. In

die direkten Vorbereitungen in Mogadiscio waren auch englische Sicherheitsbeamte eingeschaltet.

Fünf Minuten vor Mitternacht hatte der als Vermittler der Lufthansa-Boeing auf ihrem Irrweg nachfliegende Staatsminister Hans Jürgen Wischniewski aus Mogadiscio nach Bonn telefoniert: «In 10 Minuten.» Fünf Minuten nach Mitternacht stürmte eine rund 30 Soldaten zählende GSG-Einheit das Lufthansa-Flugzeug. Ihre Ausbildung an allen Typen der Lufthansa-Flotte ermöglichte den GSG-Leuten das Öffnen der Türen in kürzester Zeit. Mit erstmalig verwendeter, von den Briten entwickelter Blend- und Rauchmunition (Stun Grenades) wurden die vier Terroristen, die sich im vorderen Teil des Flugzeugs befanden, reaktionsunfähig gemacht. Darauf fielen die Schüsse. Um 0 Uhr 12 konnten die ersten Passagiere, die sich alle im hinteren Teil aufhielten, das Flugzeug über die Hintertreppe verlassen und die bereitstehenden Krankenwagen besteigen. Um 0 Uhr 20 war die Aktion, die von einem Korrespondenten des Süddeutschen Rundfunks gefilmt worden war, abgeschlossen.

«Kriegslist» Wischniewskis

Wischniewski erklärte nach seiner Rückkehr auf dem Bonner Flughafen, es sei ihm mit einer «Kriegslist» gelungen, das ursprünglich auf Montag, 15 Uhr, angesetzte Ultimatum von den Terroristen verlängern zu lassen. Schon in Dubai hatten Wischniewski und die deutschen Experten in Zusammenarbeit mit den dortigen Behörden wichtige Aufschlüsse über Zustand und Organisation der Terroristen erhalten. Man konnte deshalb davon ausgehen, dass die Terroristen nicht aus eigenem Antrieb handelten, ihr Kontakt mit der «Zentrale» jedoch gestört war. Der deutschen Regierung und dem grossen Krisenstab gab dies in Kombination mit den mehrmals verlängerten Ultimaten neuen Spielraum zur Vorbereitung einer Stürmung.

Der Erfolg in diesem für die Bundesrepublik bisher schwersten terroristischen Erpressungsfall dürfte im wesentlichen Wischniewski und Schmidt zugute kommen, auch wenn in Bonn die getroffene Entscheidung und der Ausgang als gemeinsames Verdienst der im grossen Krisenstab beteiligten Regierungs- und Oppositionspolitiker hervorgehoben werden, die jetzt wieder vordringlich um die Lösung des Entführungsfalles Schleyer bemüht sind. Hoffnungen zu äussern wagt niemand, zumal die Todesfälle in Stuttgart-Stammheim jetzt und später zu unberechenbaren Reaktionen führen könnten.

NZZ vom 18. Oktober 1977

Aktive SED-Protektion für Terroristen der RAF

Verdachtsmomente für eine «Hinterland»-Rolle der DDR

Von Christian Müller

Das frühere SED-Regime in der DDR hat als Terroristen steckbrieflich gesuchten Personen eine tatkräftige Protektion zukommen lassen, die für die weitere Verübung von Anschlägen in Westeuropa eine Rolle spielte; stringente Beweise für eine direkte Unterstützung bei neuen Aktionen durch untergetauchte Terroristen sind allerdings bisher nicht erbracht worden. Dementis zur Kollusion mit den Terroristen und Gegenvorwürfe von Seiten der ehemaligen Machthaber in der DDR wurden durch Bonn als unglaubwürdig und falsch zurückgewiesen.

Gegen mindestens drei der bisher in der DDR festgenommenen acht steckbrieflich als Terroristen gesuchten Personen ist in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik wegen des Verdachts ihrer Beteiligung an terroristischen Anschlägen gefahndet worden. Ein Teil der Taten wurde zu einem Zeitpunkt begangen, als die nun Festgenommenen bereits seit längerem durch den ostdeutschen Staatssicherheitsdienst einen falschen Namen und Gelegenheit zum Untertauchen in der DDR erhalten hatten. Aus dieser Sachlage ergibt sich der Verdacht, dass das SED-Regime seinen Herrschaftsbereich den Angehörigen der westdeutschen Terrorszene nicht nur als Flucht- und gewissermassen Pensionierungsraum, sondern auch als Operationsbasis zur Verfügung gestellt und möglicherweise sogar Unterstützung bei der Verübung von Anschlägen in der Bundesrepublik und anderswo in Westeuropa geleistet habe.

Operationsbasis für neue Anschläge?

Laut den bisherigen fragmentarischen Berichten über erste Aussagen der Festgenommenen beteuerte allerdings insbesondere Sigrid Sternebeck, die auf Grund von Zeugenaussagen in die Verübung eines Sprengstoffanschlags auf dem amerikanischen Militärflughafen in Frankfurt verwickelt gewesen sein soll, sie sei mit ihrem fünf Jahre zuvor erfolgten Untertauchen in der DDR aus der Terrorszene «ausgestiegen» und habe anschliessend keinerlei Verbindung mehr zu ihrer früheren Organisation unterhalten. Henning Beer, der 1981 in der DDR untertauchte, wurde mit einem versuchten Anschlag in Cadix in Spanien vor zwei Jahren, ebenfalls auf Grund der Aussagen von Zeugen, die ihn auf einer Fahndungsphotographie wiedererkannt haben wollen, in Verbindung gebracht. Nach der Ermordung des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Herrhausen, im Herbst 1989 wurde in der Bundesrepublik auch gegen Beer wieder verstärkt gefahndet; schon mit dem Versuch eines Attentats gegen den damaligen Bonner Finanzstaatssekretär Tietmeyer war er

in Zusammenhang gebracht worden. Stringente Beweise für eine Mittäterschaft liegen allerdings nicht vor.

Werner Lotze, der 1980 in der DDR untertauchte, wurde bisher mit der Ermordung des Industriellen Zimmermann 1985 und des Diplomaten Braunmühl 1986 in einen Verdachtzusammenhang gebracht. Während in dem gegen ihn erlassenen Haftbefehl aber keine ihm zeitlich nach seinem Untertauchen in der DDR begangenen Straftaten zur Last gelegt werden, trifft dies andererseits im Fall des im gleichen Jahr verschwundenen Ekkehard von Seckendorff zu, der laut Zeugenaussagen 1984 an einem Banküberfall in Würzburg beteiligt gewesen sein soll.

Sollten sich Hinweise auf eine fortgesetzte Aktivität zumindest eines Teils der in die DDR ausgewichenen Terroristen selbst nach ihrem Untertauchen erhärten lassen, so würde dies nach Ansicht des Generalbundesanwalts von Stahl bedeuten, dass das SED-Regime ihnen nicht nur eine Aufnahmebasis bereitgestellt, sondern ihnen auch Schutz und Unterstützung zur Verübung neuer Aktionen gewährt hat. Im Falle Henning Beers wirkt besonders auffällig, dass er zum Zeitpunkt der drei Attentate oder Anschlagversuche, mit denen er in der Bundesrepublik noch nach seinem Untertauchen in der DDR in Verbindung gebracht worden ist, jeweils von seinem Arbeitsplatz in Neubrandenburg abwesend war; allerdings betrug diese Absenz, wie sie aus den Unterlagen des ihn damals beschäftigenden DDR-Unternehmens hervorgeht, in allen drei Fällen nur ganz wenige Tage. Ein über Hintergründe näher informierter Parlamentarier vertrat auf Grund der bisherigen Erkenntnisse die Ansicht, es sei nun davon auszugehen, dass die Mitglieder der Rote-Armee-Fraktion mit Hilfe der früheren Ostberliner Machthaber operativ in die Bundesrepublik hineingewirkt hätten und dabei aktiv vom DDR-Regime unterstützt worden seien. Für eine Beteiligung des ehemaligen DDR-Spionagechefs, Markus Wolf, am ganzen Unternehmen sprächen alle Indizien.

NZZ vom 21. Juni 1990

Vom Studentenprotest zur Gewaltaktion

Anfänge und Wachsen des deutschen Terrorismus 1968-70

Von Alfred Cattani

Der deutsche Terrorismus der siebziger und achtziger Jahre ist herausgewachsen aus der studentischen Protestbewegung der sechziger Jahre. Obwohl sich die Terrorszene auch in Deutschland im Laufe der Jahre gewandelt hat, Hauptträger der Idee von der Gewalt als wirksamem Mittel eines als «politisch» verstandenen Kampfes sind noch immer Akademiker und Akademikerinnen. Eine Art elitäre kriminelle Clique, das Kader eines speziellen Verbrechertums mit angeblich idealistisch-utopischen Zielen, hat sich in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin herangebildet und bestimmt die Formen eines aus dem Hinterhalt mit Härte und Brutalität geführten Kampfes. Er ist in den letzten Jahren immer wieder wellenförmig angestiegen und abgeebbt, so dass niemand weiss, ob der Höhepunkt bereits überschritten ist.

Zerfall einer Bewegung

Als die studentische Rebellion an den deutschen Hochschulen gegen Ende der sechziger Jahre sich totzulaufen begann und zu erkennen war, dass der mit verbalen Mitteln fanatisch angekündigte Sturm auf die bestehenden Einrichtungen an der Stabilität der politischen und gesellschaftlichen Strukturen und auch am Widerstand der zwar zur revolutionären Mitarbeit aufgerufenen, jedem phantastischen Revoluzzertum aber abgeneigten werktätigen Massen scheitern werde, zerfiel die ohnehin seit je von den verschiedensten Strömungen beherrscht gewesene Studentenbewegung. Nicht mehr Umsturz war jetzt bei den Besonnenen die Parole, sondern der Ruf nach dem langen Marsch durch die Institutionen, zur Auseinandersetzung mit dem «Establishment» innerhalb des von diesem sich selbst gesetzten Rahmens. Das war mehr oder weniger ein Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat, eine Hinwendung zur Evolution. Es war klar, dass eine solche Entwicklung jene kleinen Zirkel nicht befriedigen konnte, die in drängender Ungeduld Staat und Gesellschaft coüte que coüte sofort verändert sehen wollten und denen jedes Mittel dazu recht war. An kräftigen, gewalttätigen Worten hatte es in den Jahren zuvor ja nicht gefehlt. Es war letztlich nur eine logische Konsequenz, aus diesen Sprüchen auch den Entschluss zur Tat zu ziehen.

Ideologie als Rechtfertigung

Eine ideologische Begründung war rasch konstruiert. Die durch den Vietnamkrieg ausgelösten Emotionen verwandelten sich, an nord- und südamerikanischen Vorbildern ausgerichtet und nach deutsch-gründlicher Weise pseudophilosophisch vertieft, in die These von der Pflicht zur weltumspannenden Solidarität im

Kampf gegen Unrecht und imperialistische Unterdrückung. Das politische Geschehen wurde simplifiziert zu einem Weltbürgerkrieg, in dem sich deutsche Mitkämpfer als die Vorhut einer Guerillatruppe der Dritten Welt in einer grossen Industrienation fühlen konnten, indem sie einen «Klassenkampf» eigener Prägung in die Metropolen ihres Landes trugen. «Schafft viele Vietnams», war schon lange eine gängige Parole gewesen. «Brenne, Warenhaus, brenne», lautete die empfohlene Nutzenanwendung für das Dickicht der Städte.

In der Bundesrepublik Deutschland kamen noch einige spezielle Voraussetzungen hinzu. Die von 1966 bis 1969 herrschende Grosse Koalition von CDU und SPD, die im Bundestag über neunzig Prozent der Sitze verfügte, hatte sich lähmend auf das politische Leben ausgewirkt, den extremen Strömungen zur Rechten wie zur Linken Auftrieb gegeben und dem Entstehen einer Ausserparlamentarischen Opposition (APO) den Anstrich einer gewissen Berechtigung verliehen. Zudem kämpften die nun zum gewaltsamen Umsturz aufrufenden deutschen Siegfriede und Gudrune, die schon in ihren germanischen Vornamen das Erbe einer düsteren Vergangenheit mit sich schleppten, nicht nur gegen Beugung und Unverständnis ihres Elternhauses oder rangen für die unerfüllt gebliebenen Ideale ihrer Jugend, sondern agierten ebenso sehr im kollektiven Protest gegen das einstige Handeln ihrer Väter und Mütter, die es versäumt hatten, dem Unrechtsstaat des Nationalsozialismus wirksam ihr naturgegebenes Widerstandsrecht entgegenzusetzen. So kam es zu der grotesken Begriffsverwirrung, dass der Ruf nach Umsturz und Zerstörung sich gerade gegen jenen Staat erhob, dem es gelungen war, nach der grossen Katastrophe von 1945 das Land nicht nur materiell wieder aufzubauen, sondern ihm auch eine einigermaßen stabile demokratische Lebensform zu geben und sie erfolgreich weiterzuentwickeln. Gegen ihn rannte der Terrorismus nun an.

Die Wende von 1968

Die grosse Zäsur im Werden des deutschen Terrorismus ist das Jahr 1968. Es markiert den offenen Übergang zu Gewalttaten. «Liquidieren statt diskutieren», heisst es nun kurz und bündig, oder, im gleichen Sinne, etwas spezieller und derber: «Feuer unterm Richterarsch verkürzt den langen Marsch». Die ebenso subtile wie wirklichkeitsfremde Differenzierung zwischen der zu bejahenden Gewalt gegen Sachen und der abzulehnenden Gewalt gegen Personen wird angesichts der Tatsachen bald gegenstandslos. Schon im Jahr zuvor, anlässlich der Demonstrationen gegen den Besuch des Schahs in Deutschland, war es zu gewaltsa-

men Ausschreitungen gekommen, in denen die Polizei, rücksichtslos gegen die Teilnehmer der Kundgebungen vorgehend, am 2. Juni 1967 in Westberlin den Studenten Benno Ohnesorg erschossen hatte. Das Datum galt bei den deutschen Terroristen noch lange als ein Symbol (wohl auch dafür, dass der erste Schuss von der andern Seite gefallen sei) - manche Aktion wurde unter dem Etikett «Bewegung 2. Juni» durchgeführt.

Tatsächlich aber begann die eigentliche Gewalt erst 1968. Es war die Zeit des Prager Frühlings, der rasch aufkeimende und ebenso rasch wieder niedergetretene Hoffnungen auf einen «Reformkommunismus» erweckt hatte; es war das Jahr der aufflammenden und in sich zusammensinkenden Studentenrebellion in Frankreich, der Ankündigung des Endes des Vietnamengagements und der Demission Präsident Johnsons; es war die Zeit, da Martin Luther King und Robert Kennedy ermordet wurden.

Kaufhausbrandstiftung - Dutschke-Attentat

In Deutschland begann es mit zwei fast gleichzeitig ausgeführten Gewaltakten, dem Attentat auf Rudi Dutschke und der Brandstiftung in zwei Frankfurter Kaufhäusern. Der Anschlag gegen den Studentenführer in Westberlin am Gründonnerstag (11. April), unternommen von einem geistig labilen Fanatiker, der nach seiner Verurteilung Selbstmord beging, löste eine Welle der Gewalt aus, die sich vor allem gegen Einrichtungen des Springer-Verlages richtete, der als geistiger Urheber der Tat beschuldigt wurde. In München gab es bei diesen eigentlich «gegen Sachen» gerichteten Gewaltaktionen zwei Todesopfer. Einer der Anführer der Demonstranten gegen Springer in Westberlin war der damals 32jährige Anwalt Horst Mahler, aus Schlesien stammend, über die DDR nach Westberlin gekommen, einst Verteidiger von Finanzmaklern, sich aber bald profilierend als Sachwalter linksgerichteter Demonstranten. Mahler wurde rasch zu einer Schlüsselfigur der deutschen Terrorszene.

Wenige Tage vor dem Anschlag auf Dutschke, in der Nacht zum 3. April 1968, waren in Frankfurt zwei Kaufhäuser in Brand gesteckt worden, wobei Schäden in der Höhe von zwei Millionen Mark entstanden. Als Täter wurden vier Personen ermittelt, unter ihnen der 25jährige Andreas Baader und die 28jährige Germanistik-Studentin Gudrun Ensslin. Am 31. Oktober verurteilte sie ein Frankfurter Gericht wegen menschengefährdender Brandstiftung zu drei Jahren Zuchthaus. Baader trat die Strafe nicht an, sondern ging in den «Untergrund»; Gudrun Ensslin hingegen, welche die Tat als Protest gegen den Vietnamkrieg motiviert und Reden ohne Handeln als Unrecht bezeichnet hatte, verbüßte vierzehn Monate.

Dutschke-Attentat, Anti-Springer-Demonstrationen, Kaufhausbrandstiftung und die ihnen folgenden Gerichtsverfahren waren Anlass zahlloser Ausschreitungen, vor allem vor den Justizgebäuden, in denen sich die Angeklagten zu verantworten hatten. Tumulte in Frankfurt wegen Baader und Ensslin, Strassenschlachten in Westberlin, als gegen die Osterdemonstranten

und Mahler verhandelt wurde - die Zusammenstöße steigerten sich zu eigentlichem Aufruhr mit Verletzten auf beiden Seiten. Parallel dazu flammten die seit Jahren üblichen Unruhen an den deutschen Universitäten immer wieder auf; die Anschläge gegen amerikanische zivile Einrichtungen in Westberlin und der Bundesrepublik setzten sich fort. Gleichzeitig verstärkte die Polizei ihren Einsatz. Es gab Hausdurchsuchungen beim Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der als eine Art Hilfsorganisation der Demonstranten oder gar als deren Kommandozentrale verdächtigt wurde. Im Jahre 1969 kündigte sich eine Eskalation der Gewalt an; noch aber hatte alles den Anstrich des Spontanen und Zufälligen. Das änderte sich 1970.

Formierung der Baader-Meinhof-Bande

Am 4. April 1970 wurde bei einer Routinekontrolle der flüchtige Andreas Baader in Westberlin festgenommen. Aber Baader blieb nur wenige Wochen in Haft. Am 14. Mai erhielt er die Erlaubnis, da er in seiner Zelle angeblich an einem Werk über Soziologie schrieb, sich zur «Einsichtnahme in Literatur» in das Berliner «Zentralinstitut für Soziale Fragen» zu begeben. Hier wurde erstmals mit überlegener Überraschungstaktik eine spektakuläre Gefangenenbefreiung inszeniert - Vorbild für viele spätere Taten ähnlicher Art. Im Institut wartete die in die Pläne eingeweihte, 34jährige Publizistin Ulrike Meinhof, einst «konkret»-Kolumnistin und angesichts ihres journalistischen Talentes wohlwollend geduldetes «enfant terrible» am linken Rand des Hamburger «Establishment». Ulrike Meinhof half mit, die Beamten zu täuschen, sprang zusammen mit Baader aus dem Fenster, während zwei andere Mitverschworene, die 26jährige Medizinalassistentin Ingrid Schubert und die 19jährige Meinhof-Freundin Irene Goergens, den Weg freigeschossen und dabei drei Personen verletzt hatten.

Die Suche nach den Verbrechern blieb erfolglos, da es ihnen gelang - möglicherweise auf dem Umweg über Ostberlin - nach dem Nahen Osten zu entfliehen. Ihnen schloss sich Horst Mahler an, gegen den inzwischen ebenfalls Haftbefehl erlassen worden war, ebenso folgte Gudrun Ensslin Baader in den Orient. Zum ersten Male tauchte hier andeutungsweise die Verbindung zwischen deutschem und palästinensischem Terrorismus auf, wenige Monate vor dem grossen Coup der Palästinenser in Zerqa. Im Sommer 1970 sollen sich Mahler, Baader, Meinhof und Ensslin in einem Ausbildungslager für Partisanen in der Nähe der jordanischen Hauptstadt Amman aufgehalten haben, freilich nur für kurze Zeit. Mahler jedenfalls tauchte schon bald wieder in Westberlin auf, wo er am 8. Oktober 1970 zusammen mit Ingrid Schubert und Irene Goergens verhaftet wurde. Die Anklage, Mahler habe die Befreiung Baaders mitorganisiert, konnte zwar nicht bewiesen werden, dafür aber wurde er später wegen Beteiligung an einer Reihe spektakulärer Banküberfälle in Berlin von Ende September 1970 zu 12 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

NZZ vom 30. Sept. /1. Okt. 1978